



11. Jahrgang, Ausgabe 3 Weihnachten 2005

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)
c/o CDU-Landtagsfraktion
Domplatz 6-9, Tel.: (0391) 5 602 000
39104 Magdeburg Fax: (0391) 5 666 830

Liebe Freunde,

Mehr Himmel wagen!
Nein, das waren die Worte der ersten deutschen Kanzlerin nicht. Aber - Sie brauchen nur mein letztes Editorial noch mal ansehen, bei dem ich mir gewünscht hatte, dass mehr Christen in den neu zu wählenden Bundestag einziehen werden - die Vereidigung der Kanzlerin und ihrer Ministerriege hat es offenbart: Nur in einem Fall wurde auf „... so wahr mit Gott helfe“ verzichtet. Auch an die Vereidigung der letzten rot-grünen Regierung kann ich mich erinnern, da war der Gottesbezug eher die Ausnahme, auch Schröder hatte es bei einem „Ich schwöre es“ belassen.

Nun sind nach dem Schwören die Entscheidungen und es ist die Tat gefragt. Daher will ich Sie bitten, denken Sie bitte in Ihren Gebeten an die Last, die die neuen obersten Staatsdiener (wenn man Minister wörtlich nimmt) zu tragen haben und beziehen Sie diese in Ihre Fürbitten ein. Ob man Formeln wie „... so wahr mir Gott helfe“ als Äußerlichkeiten abtun kann, will ich nicht diskutieren. Es ist zumindest ein in heutiger

Zeit wichtiges Bekenntnis und mein Konfirmationsspruch, der mich durchs Leben begleitete "Wer mich bekennt vor den Menschen, den will ich bekennen vor meinem himmlischen Vater" Mt 10,32 war mir zwar in 30 Jahren DDR-Zeit aus „Karrieregründen“ nicht förder-

*Mehr Himmel wagen! **

lich, aber meinen Lebensweg hat das Bekenntnis eher gedient.

Doch zurück zur Politik am Beginn einer neuen Kanzlerschaft und den Ausgangspositionen. Im September und Oktober war ich viel unterwegs dienstlich, privat bei Verwandten oder ganz einfach durch Urlaub. Dabei war ich, außer im Saarland, in allen Bundesländern. Und was ich gesehen habe, das war kein armes, gebeuteltes Land, sondern eines auf das der Ruf zu trifft: *Deutschland kann mehr!* Gehen wir in diesem Sinne in die Weihnachtstage und ins neue Jahr. Packen wir an, nehmen wir unseren Nachbarn, unseren Nächsten mit (statt ihn

links liegen zu lassen), seien wir guter Hoffnung! Das bedeutet für mich: Mehr Himmel wagen!

Achten Sie gerade in der Adventszeit einmal darauf, ob Sie himmlische Helfer in Ihrem Leben spüren. Sie werden erstaunt sein, dass es gar nicht so wenig Engel gibt! (Wenn Sie nicht unbedingt auf die Raffaelschen Engel fixiert sind!) Wagen Sie also mehr Himmel!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, auch namens des EAK Sachsen-Anhalt, eine besinnliche Adventszeit, frohe Weihnachten und Gottes Segen für das neue Jahr

Ihr
Wolfgang Löw



In dieser Ausgabe:

Andacht:	2
Weg-Gedanken	
Der Tod bleibt unverfügbar - zur Sterbehilfe-Debatte	3-4
Tagungsbericht: Islam in Geschichte und Gegenwart	4-6
Familienpolitik mit dem ‚C‘ - neues Familienfördergesetz	6-7
Berlin: CDU-Fraktion für gleichberechtigten Religionsunterricht	7
Im Gespräch mit Gerhard Ruden	8-9
Bericht vom ersten Reformationsvortrag des EAK Halle	9-10
Interviewreihe: Das ‚C‘ in der CDU	11
... und vergib uns unsere Schuld...	12

Verantwortliche Redakteure:
Wolfgang Löw, Jürgen Scharf MdL
Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.

* Unter diesem Titel war im Radioprogramm von NDR Kultur am 27.2.2005 ein außerordentlich nachlesenswerter Beitrag zu hören; im Internet nachzulesen unter: http://www.ndrkultur.de/container/ndr_style_file_default/0,2300,OID1098876_REF166,00.pdf

Andacht: Weg-Gedanken

Wann und wo uns Gott begegnet, weiß niemand. Was wir wissen ist, dass die frohe Botschaft von Gott uns wachsam macht gegenüber dem, was in unserer Welt geschieht. Unser Blick wird geschärft für den Unterschied von Gut und Böse. Wir werden unzählige Missstände um uns herum erkennen. Und wer genau hinsieht, wird auch an unserer Welt zu leiden haben. Denn es ist bedrückend zu erleben, an wie viel Stellen der Wille Gottes noch nicht zum Zuge gekommen ist. Wo man hinsieht, erlebt man so viel Entfremdung zwischen den Menschen, Lieblosigkeit und Boshaftigkeit, Gemeinheit und üble Nachrede, Depressionen, seelische Not und sogar Selbstmord. Nichts scheint mehr Bestand zu haben in dieser Welt.

Alles, was bisher gegolten hat, scheint heute überholt. Alle Werte, die einst unser Leben bestimmt haben, zählen plötzlich nicht mehr. Man kann diese hektische komplizierte Welt nicht mehr verstehen. Diese Welt, in der alle Werte ununterbrochen umgewertet werden. Es ist nicht unproblematisch, heute von der Zukunft zu sprechen. Allzu düster scheint das, was da am Horizont erscheint. Allzu viel verstellt uns den Blick in das Morgen.

Aber wie bei einem Jahreswechsel, ist auch in unserem Leben nicht nur der Rückblick auf Vergangenes und die Besinnung auf Gegenwärtiges wichtig, sondern auch der Ausblick auf Zukünf-

tiges. „Himmel und Erde werden vergehen“, sagt Jesus, „doch mein Wort wird nicht vergehen!“ Es gibt also doch etwas in dieser Welt, worauf wir uns verlassen können, auch in Zukunft. Gott steht zu seinen Menschen, seiner Schöp-



Es ist eine uralte, menschliche Erfahrung, dass auch von Menschen Segen ausgehen kann. Durch Berührung oder durch Worte wird Kraft auf andere übertragen. Nach dem Verständnis der Bibel trägt der Mensch seit seiner Erschaffung durch Gott Segenskraft in sich, die er weitergeben kann.

Doch der Ursprung des Segens ist nach christlichem Verständnis der dreieinige Gott. Von ihm geht die Kraft aus, die im Segen einem anderen Menschen zugesprochen wird. Der Segen sagt Gottes Begleitung zu: Gott behütet dich. Er geht mit dir und bleibt bei dir. Gott wendet sich dir zu, und du bist bei ihm angesehen. Der Segen erinnert an Gottes Verlässlichkeit.

Er verspricht Gottes Nähe auch in leidvollen Erfahrungen. Segen wirkt sich im Leben aus; er ist mit Händen zu greifen. Gott ist mächtiger als alle bösen Mächte oder Kräfte. Deshalb bitten wir an allen Wegkreuzungen unserer Lebensgeschichte um seinen Segen und um seinen Schutz. Sein Segen will empfangen, gehört und geglaubt werden.

Dass es Ihnen im neuen Jahr gelingt, die übertragenen Aufgaben zu erfüllen und die selbst gesteckten Ziele zu erreichen, dazu wünsche ich Ihnen Gottes Segen! In diesem Sinne grüße ich Sie freundlich.

Als engagierte evangelische Christdemokraten trifft Sie auch im neuen Jahr der sozialdiakonische Auftrag Jesu. Wir sollen verzeihen, wo andere aufrechnen. Wir sollen vermitteln, wo andere Fronten aufreißen. Wir sollen lieben, wo andere verurteilen. Wir sollen Hoffnung in die Welt tragen, wo andere verzweifeln. Dazu brauchen wir den Heiligen Geist Gottes. Ihn zu erhalten, ist Segen.

Dr. Ekkehard Steinhäuser
Pfarrer an der Stiftskirche zu Quedlinburg

„Segen wirkt sich im Leben aus, er ist mit Händen zu greifen.“

Der Tod bleibt unverfügbar – zur Sterbehilfe-Debatte

"Jede Gesellschaft bekommt den Tod, den sie verdient", formuliert der französische Soziologe Louis-Vincent Thomas und rückt damit die soziokulturelle Dimension des Sterbens ins Bewusstsein. In Deutschland verlieren in jedem Jahr rund 850.000 Menschen ihr Leben - und dennoch spielt das Sterben im gesellschaftsethischen Diskurs kaum eine Rolle.

Wenn der gesellschaftliche Umgang mit dem Lebensende den Weg in die Medien findet, so ist zumeist dies konkreten Ereignissen geschuldet, wie zuletzt einer Zweigstellen-Gründung des Schweizer Vereins "Dignitas" in Hannover. Seit 1998 bereits steht die Organisation mit Hauptsitz in Forch bei Zürich ihren Mitgliedern für eine Jahresgebühr von ca. 38 Euro "für Sterbevorbereitung, Sterbebegleitung und Freitodhilfe zur Verfügung", so die offizielle Sprachregelung. Weil Beihilfe zum Suizid in der Schweiz nicht strafbar ist, konnte der Verein innerhalb von sieben Jahren 453 Menschen, darunter rund 250 Deutschen, beim Sterben "helfen". Von Hannover aus will Dignitas seine mittlerweile über 1.300 deutschen Mitglieder offiziell nur beraten - weitergehende Hilfen verhindern die hierzulande wesentlich restriktivere Gesetzgebung. Frühere Äußerungen des Dignitas-Vorsitzenden Ludwig A. Minelli, der neben der schweizerischen auch die deutsche Sektion führt, deuten aber darauf hin, dass sich der Verein auch gegenüber dem Bundesgesetzgeber für die Legalisierung aktiver Sterbehilfe einsetzen will.

Inwieweit sollen und wie weit dürfen Mediziner, Angehörige und Betroffene in Deutschland über Leben und Tod mitbestimmen? Die Schlagzeilen um Dignitas haben landauf, landab Befürworter und Gegner der aktiven Sterbehilfe auf den Plan gerufen. In Sachsen-Anhalt sah insbesondere der FDP-Nachwuchs die Zeit "für eine offene und ehrliche Debatte über die aktive Sterbehilfe" und für Regelungen gekommen, "die Menschen ein Leben und Sterben in Würde ermöglicht". Der hier zitierte Landesvorsitzender der Jungen Liberalen, Stefan Thurmann, deutete zugleich die Stoßrichtung des öffentlichen Nachdenkens über das Sterben an: für Todkranke bzw. unter nicht therapierbaren Schmerzen Leidende müsse die ärztliche Sterbebegleitung legalisiert werden.

Kritische Stimmen kamen aus den Landtagsfraktionen von CDU und SPD und aus der Ärzteschaft. Vertreter der evangelischen Landeskirchen nutzten die zeitnah stattfindende EKD-Synode in Trier, um über das Thema zu beraten. Der scheidende Ratsvorsitzende Manfred Kock mahnte, dass Sterbehilfe nur dort ethisch vertretbar sei, wo Ärzte bei Todkranken oder Sterbenden auf deren ausdrücklichen Willen hin keine lebenserhaltenden Maßnahmen ergreifen. Keinesfalls dürfe eine Entwicklung zugelassen werden, die alte Menschen vor dem Hintergrund hoher Behandlungs- und Pflegekosten unter einen latenten Rechtfertigungsdruck stelle.

Kritiker der Vorstöße von Dignitas und Jungen Libe-

ralen befürchten einen ethischen Dammbbruch, wenn der Bundesgesetzgeber den Sterbehilfediskurs aufgreift. Bezweifelt wird insbesondere, dass es gelingt, diejenigen Umstände eindeutig und allgemeingültig festzuschreiben, die eine Tötungshandlung legitimieren könnten. Die Gefahr der von Kock angedeuteten ökonomischen Zwängen oder gesellschaftlichen Trends unterliegenden Eigendynamik erscheint allzu offensichtlich. Schon wird in der öffentlichen Debatte kaum mehr zwischen *aktiver* und *indirekter Sterbehilfe* unterschieden. Von letzterer sprechen Fachleute dann, wenn ein todkranker Mensch Schmerzmittel erhält, die das Leiden lindern, zugleich aber in einer möglichen oder unvermeidlichen Lebensverkürzung resultieren können. In diesem Punkt korrespondieren die vielfach beobachteten Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen aktiver und passiver Sterbehilfe mit den Erfahrungen der Palliativmedizin: kontinuierlich gesteigerte Medikamentengaben können einerseits eine effektive Schmerztherapie darstellen. Andererseits sind sie auch geeignet, einen geschwächten Körper zu töten.

Inwieweit können, wie dürfen Mediziner mit diesem Potenzial umgehen? Sind Schmerztherapeuten nicht längst in der Lage, den Sterbeprozess ganz legal zu steuern? Definitiv und praktisch eindeutiger abzugrenzen ist die *passive Sterbehilfe*, die darin besteht, auf Basis einer Patientenverfügung oder sonstigen freien, verantwortlichen Willensäußerung des Pati-



In Belgien und den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe (Euthanasie) erlaubt.

„Das Sterben spielt im gesellschaftsethischen Diskurs kaum eine Rolle.“

Der Tod bleibt unverfügbar... Fortsetzung von Seite 3

enten lebenserhaltende Maßnahmen zu unterlassen. Dieser Weg ist durch die bundesdeutsche Rechtsprechung legitimiert und weithin unumstritten.

Wer jedoch gegen das u.a. von Dignitas vertretene Autonomiestreben am Lebensende argumentiert, sieht sich mit einer weit verbreiteten Unkenntnis der Möglichkeiten sowohl moderner Schmerztherapie wie auch der Hospizarbeit, leider auch unter Medizinern, konfrontiert. Einer Untersuchung der Deutschen Hospizstiftung zufolge können nur drei Prozent der Bevölkerung den Begriff "Palliativmedizin" deuten. So wird insbesondere nicht bekannt, dass diese medizinische Fachrichtung neben der Schmerzbehandlung auch die seelsorgerische und psychologische Betreuung Schwerstkranker einschließt. In diesem problematischen gesellschaft-

lichen Befund bestätigt sehen dürfte sich auch der EAK-Bundesvorsitzende Thomas Rachel MdB, der Forderungen nach aktiver Sterbehilfe kürzlich als "Zeugnis der Hilflosigkeit" bezeichnete.

Zu erwarten ist, dass neben einer verstärkten Aufklärungsarbeit auch der zu beobachtende Ausbau der Hospizdienste in Deutschland eine neue Qualität in den ethischen Diskurs über das Sterben hineinbringt. Dazu wird auch die Stellungnahme zur Sterbebegleitung beitragen, die der noch unter Rot-Grün berufene Nationale Ethikrat der Bundesregierung voraussichtlich zum Jahresende vorstellt. Ein vergleichbares Papier hat unter anderem in Frankreich die öffentliche Bewusstseinsbildung zum Thema Sterbehilfe erheblich vorangebracht.

Dass der Sterbehilfediskurs parlamentarisi-

schers Gremien jedoch aus christlich-ethischer Sicht erheblichen Zündstoff birgt, machen Meldungen aus dem Europarat deutlich. Dort wurden von dem Schweizer Abgeordneten Dick Marty im vergangenen Jahr Argumente für eine europaweite Revision "überholter" Normen auf Basis der Erfahrungen in Belgien und den Niederlanden (hier ist die aktive Sterbehilfe unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt) vorgebracht. Viele Christen in Deutschland dürften dies als verbalen Angriff auf das christliche Menschenbild verstanden haben.

Es bleibt abzuwarten, ob sie die Vorgänge in Brüssel und Hannover auch als Aufforderung verstanden haben, sich aktiv für die rechtliche und ethische Unverfügbarkeit des Todes einzusetzen.

Jürgen Scharf MdL

„Nur drei Prozent der Bevölkerung können den Begriff ‚Palliativmedizin‘ deuten.“

Tagungsbericht: Islam in Geschichte und Gegenwart

Was kennzeichnet den Islam? Ist eine islamische Gesellschaft als freiheitliche Demokratie möglich? Wie gefährlich (auch in Deutschland) sind islamistische Gruppierungen? Kann ein islamisches Land Mitglied der EU werden? Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt der EAK-Herbst-Tagung über den Islam, die an dem diesjährigen Reformationswochenende im Bildungszentrum Schloß Wendgräben der Konrad-Adenauer-Stiftung stattfand. Ein großer inhaltlicher Bogen wurde geschlagen, von den historischen Anfängen des Is-

lams im 7. Jh. bis hin zu aktuellen Fragen der Gegenwart!

Die geschichtlichen Anfänge des Islams sowie Grundlagen des islamischen Glaubens bildeten den Beginn des Seminars. Der Islamwissenschaftler und Islam-/Nah-Ost-Experte der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. A. Jacobs, zeichnete detailliert den Lebensweg Mohammeds nach und wie sich in den folgenden Jahrhunderten der Islam zur Weltreligion entwickelte. Etwa 570 n. Chr. in Mekka geboren, wuchs Mohammed zunächst in Not auf, bis er durch Hei-

rat wohlhabend und unabhängig wurde. Durch Meditationen erhielt er Offenbarungen, der Erzengel Gabriel galt ihm als Übermittler dieser Botschaften. Die anfängliche Annahme Mohammeds, die Visionen seien christlich-jüdischen Ursprungs, wurden jedoch schon bald aufgegeben.

Erst sehr viel später nach Mohammeds Tod wurden diese Offenbarungen in dem Koran (arab., Lesung), der heiligen Schrift des Islam, zusammengefasst. Der Koran besteht in seinem Aufbau aus 114 Suren (arab., Zeile). Eine Ergänzung findet er

Tagungsbericht: Islam ... Fortsetzung von Seite 4

in der Sunna (arab., Gewohnheiten), die in Berichten (Hadithen) nachahmenswerte Worte und Taten Mohammeds beschreibt. Die atemberaubende Ausbreitung des Islam wurde von Mohammed selbst durch einen erfolgreichen Siegeszug durch Arabien begonnen.

Nach dem Tode Mohammeds führten Streitigkeiten innerhalb der neu entstandenen Religionsgemeinschaft schon bald zu Spaltungen. Insbesondere die Glaubensgruppierungen der Sunniten und Schiiten sind heute von Bedeutung. Eine Abgrenzung beider Gruppierungen ergibt sich z. B. über die Bestimmung des geistlichen Oberhauptes. Für die heute zahlenmäßig größte Glaubensrichtung im Islam, die Sunniten, gilt es, dass sie ihren Anführer, den Kalifen (arab., Stellvertreter, Nachfolger), aufgrund seiner weltlichen, administrativen Fähigkeiten wählen. Die Schiiten (arab. schia, Partei) hingegen erkennen allein Mohammeds Vetter und Schwiegersohn Ali und dessen Nachkommen als Oberhäupter und Träger des göttlichen Willens und als rechtmäßige Kalifen an. Der Kalif gilt als ein unfehlbares und vollkommenes geistliches und mit göttlicher Macht ausgestattetes Oberhaupt.

Auf dem Hintergrund dieser grundlegenden Informationen wurden im weiteren zahlreiche Einzelthemen diskutiert. Aus der Fülle an verschiedenen Aspekten sei hier nur eine Fragestellung erwähnt: Die Frage nach dem *Verhältnis zwischen Christen/Christentum und Muslimen/Islam*. Aufgezeigt wurde in diesem

Zusammenhang, dass nach dem Koran Christen zwar als Empfänger von Offenbarungsbüchern angesehen werden. Da sie jedoch den Islam nicht angenommen hätten, seien sie nur ‚Teil-Gläubige‘, mit denen man folglich lediglich eine Teil-Solidarität üben könne. Theologisch verstehe sich der Islam als die endgültige Korrektur dessen, wie die monotheistische Urreligion durch die Juden und die Christen verfälscht worden sei.

Insgesamt zeigte sich, dass der Islam mit seinen verschiedenen Richtungen, Schulen und Kulturkreisen keine einheitliche Größe darstellt. ‚Der Islam ist das, was man draus macht‘. Dennoch ist allen Richtungen ein *dreifacher Anspruch* gemein: Der Anspruch, die einzig wahre Religion zu sein (Absolutheitsanspruch), der Anspruch, eine alles erfassende Lebensordnung zu errichten und durchzusetzen (Totalitätsanspruch), und schließlich der Anspruch, sich für die Sache des Islams in der ganzen Welt einzusetzen (Universalitätsanspruch). Im folgenden Abschnitt wurde die Fragestellung aufgegriffen: *Wie gefährlich sind islamistische Gruppierungen?* Ausgeführt wurde diese Thematik durch den Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, Klaus-Jürgen Jeziorsky. Verschiedene Gruppierungen, die international und/oder auch national in Deutschland agieren, wurden beschrieben. Politische Weichenstellungen, die nach innen und außen gerichtet sind, wurden aufgezeigt. Wichtig für die gegenwärtige offizielle deutsche Politik sei es, zwischen dem Islam als Religion

und der ‚fundamentalistischen Ideologie‘ zu differenzieren. Nur durch diese klare Unterscheidung sei es möglich, die Muslime in Deutschland von einem Generalverdacht fundamentalistischer Einstellungen zu befreien, gleichzeitig den Islamismus aber effektiv zu bekämpfen. Zur Frage eines möglichen Gefährdungspotentials in Deutschland wies der Innenminister darauf hin, dass den Sicherheitsbehörden für Deutschland keine Hinweise auf mögliche Anschläge vorlägen.

Kann die Türkei Mitglied der EU werden? Diese Frage stand als nächstes auf dem Programm ... und sie wurde kontrovers diskutiert.

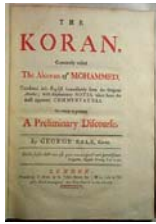
Vorbereitet wurde diese Thematik zunächst durch einen Vortrag über die *Situation von Christen in der Türkei* von Dr. Wulf Schönbohm, ehemaliger Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ankara. Heute leben rund 150.000 Christen (= ca. 0,3% der Staatsbürger) in der Türkei. Im Hinblick auf Verfassung und Gesetzgebung sei das Land zwar kein islamistischer Staat, sondern vielmehr laizistisch, d. h. auf eine Trennung von Staat und Religion ausgerichtet; dennoch gelten vielfach für Christen und Kirchen andere Regeln. So dürften Christen in der Türkei z. B. weder Lehrer noch Beamte werden. Ein Haupthindernis sei, dass die Kirchen keine Rechtssubjekte darstellten. Mit hin könnten sie keine neuen Kirchen bauen, dürften keine Kauf- oder Mietverträge abschließen etc. Höchst problematisch sei auch das seit 1971 bestehende Verbot,



Der Islamist und selbsternannte „Kalif von Köln“, Metin Kaplan, wurde im Jahr 2004 aus Deutschland ausgewiesen.

„Der Kalif gilt als ein unfehlbares und vollkommenes geistliches und mit göttlicher Macht ausgestattetes Oberhaupt.“

Tagungsbericht: Islam... Fortsetzung von Seite 5



Die Perspektiven eines islamisch-christlichen Dialogs sind umstritten.

„Die christlichen Kirchen stellen in der Türkei keine Rechtssubjekte dar.“

eigenen theologischen Nachwuchs auszubilden. Trotz nach wie vor zahlreicher Probleme hätten sich in der Türkei in den letzten Jahren aber zahlreiche positive Veränderungen eingestellt, so dass die Einschätzung gerechtfertigt sei, dass sich das Land auf einem guten Wege befinde.

Fortgeführt wurde das Thema von Staatssekretär Dr. Christoph Bergner MdB, der sich der Frage nach einer Bewertung eines *EU-Beitritts durch die Türkei* widmete. In einer sehr ausführlichen Analyse erläuterte Herr Dr. Bergner kulturelle, geschichtliche, soziale Unterschiede zwischen der Türkei und der EU und leitete daraus seine Position ab, dass eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei eher skeptisch zu beurteilen sei. Nach geographischer Ausdehnung, Bevölkerungszahl, nationaler und kultureller Identität, ökonomischer und politischer Struktur sei die Türkei mit den bisherigen Beitrittsländern nicht zu vergleichen. Problematisch sei zudem, dass die Integrationsfähigkeit der EU politisch, wirtschaftlich und sozial überfordert und der Integrationsprozess

gefährdet würde. Die geostrategische Bedeutung der Türkei sei zwar nach dem 11. September 2001 ohne Zweifel gewachsen. Dies aber könne seiner Meinung nach keine Rechtfertigung für einen EU-Beitritt bedeuten.

Eine ganz besondere Ansprache und Betroffenheit vermittelte schließlich der Prediger einer christlich-arabischen Gemeinde in Hof, Minas Voigt. Überstrahlt wurde sein Vortrag von den eindrücklichen Schilderungen seines persönlichen Lebensweges. In Ägypten geboren und aufgewachsen in einer muslimischen Familie und Gesellschaft, kam Herr Voigt zum christlichen Glauben. Als Konvertit musste Voigt in der islamischen Gesellschaft, die den Abfall vom Islam als eines der schlimmsten Verbrechen im Islam bewertet, durch einen schweren Leidensweg gehen. Seine Familie wandte sich von ihm ab, er wurde inhaftiert, gefoltert, wie durch ein Wunder gelang ihm schließlich die Flucht nach Deutschland. Nach einem absolvierten Theologischen Seminar Tabor in Marburg steht Voigt heute als Prediger im Dienst

einer arabisch evangelischen Gemeinde in Hof. Gegenüber dem christlich-islamischen Dialog ist Voigt äußerst skeptisch eingestellt. Hilfen und Seelsorge für und an Muslimen im täglichen Leben hingegen sind ihm eine Selbstverständlichkeit und Auftrag der christlichen Nächstenliebe.

Es war ein spannendes Wochenende! Die Vorträge, Diskussionen, Gespräche, Begegnungen, geistliche Impulse öffneten an dem diesjährigen Reformationswochenende ein tieferes Verständnis und einen neuen und weiten Blick auf die Weltreligion des Islam und vermittelten einen Eindruck von der herausfordernden Bedeutung dieser Religion in unserer Zeit.

Dr. Silke Bremer

Auf der Internetpräsenz des Evangelisch-Lutherischen Dekanats Hof können Sie sich über die Arbeit von Minas Voigt informieren.

<http://www.dekanathof.de/download/dienstanausl.pdf>

Familienpolitik mit dem ‚C‘ - das neue Familienfördergesetz

Die Entscheidung eines jungen Paares für oder gegen Kinder bleibt von persönlichen Motiven bestimmt. Es gehört daher zu den Grundüberzeugungen der CDU, dass die derzeitige Geburtenkrise nur durch einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel überwunden werden kann. Mit dem bundesweit ersten Familienfördergesetz

und weiteren familienpolitischen Maßnahmen will die CDU/FDP-Koalition diesen Bewusstseinswandel in Sachsen-Anhalt initiieren.

Das am 10. November 2005 verabschiedete Gesetz nimmt die lebensweltlichen Rahmenbedingungen in den Blick, die die Familiengründung bzw. den familiären All-

tag objektiv behindern. Vieles ist nur über bundesgesetzliche Regelungen wirksam zu verändern, so etwa die materielle Berücksichtigung bzw. Entlohnung der Familienarbeit. Ein Blick auf die Kernpunkte des Familienfördergesetzes macht jedoch deutlich, dass auch ein finanzschwaches Bundesland wie Sachsen-Anhalt neue fa-

Familienpolitik mit dem ‚C‘... Fortsetzung von Seite 6

milienpolitische Akzente setzen kann:

Familienfreundlichkeitsprüfung: Familienfreundlichkeit soll in Wirtschaft und öffentlichen Verwaltungen zur Selbstverständlichkeit werden. Die Landesverwaltung geht mit gutem Beispiel voran, in dem sie neue Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf ihre Familienfreundlichkeit prüft. Als zusätzlicher Impuls für privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen wird das Landesmodellprojekt "Audit Beruf & Familie" fortgeführt.

Kommunale Familienförderung: Kommunen können durch den Verzicht des Landes auf Rückforderungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz eigene Familienprojekte finanzieren.

Familienpass: Der Familienpass bündelt Vergünstigungen für Familien, etwa beim Einkauf in Partnergeschäften oder in öffentlichen Einrichtungen sowie die Angebote eingebundener Familienorganisationen zur Familienbildung und -erholung.

Wohneigentumsförderung: Wohneigentum als "Bleibefaktor" für abwanderungsbereite Familien soll durch Vergünstigungen beim Erwerb kommunaler Grundstücke gefördert werden. Darüber hinaus legt das Land ein Wohnbauförderungsprogramm auf.

Informationsangebote: Angebote zur Familienförderung sollen transparenter dargestellt und intensiver beworben werden.

Jürgen Scharf MdL



Sachsen-Anhalt hat als erstes Bundesland ein eigenes Familienfördergesetz verabschiedet.

Berlin: CDU-Fraktion für gleichberechtigten Religionsunterricht

Die Forderung der evangelischen und katholischen Kirche für die Einführung des Religionsunterrichtes als verbindliches Schulfach an Berlins Schulen wird von der Berliner CDU-Fraktion und vom Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU im Landesverband Berlin-Brandenburg ausdrücklich unterstützt. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Berlin besuchten im Schuljahr 2004/2005 von mehr als 340.000 Schülern an den allgemein bildenden Schulen mehr als 114.000 Schüler den freiwilligen Religionsunterricht. Das sind mehr als ein Drittel aller Berliner Schüler.

Doch obwohl die Tendenz steigt, ersetzt der rot-rote Senat den regulären Religionsunterricht durch ein Werte vermittelndes Pflichtfach ohne Abwahlmöglichkeit. Dies empfinden wir als reine Ideologie des rot-roten Senats und einen Eingriff in die Religionsfreiheit. Außerdem ist der vom SPD-

Schulsenator Böger vorgelegte Rahmenlehrplan eines verpflichtenden Ethik-Unterrichts ab der 7. Klasse eine Mogelpackung: Denn wo Ethik draufsteht, ist in Wirklichkeit nur LER (Fächerkombination Lebensgestaltung/Ethik/



Die Autoren dieses Beitrags:
Kathrin Schultze-Berndt MdA
Gregor Hoffmann MdA

Religionskunde) à la Brandenburg drin.

Bögers Fach Ethik kann die jungen Menschen nicht auf das Leben vorbereiten. Denn es reicht nicht, nur über Identität, Freundschaft und Glück zu philosophieren. Wir brauchen eine Wertevermittlung und wollen Überzeugungen fördern. Inakzeptabel ist auch, dass die Einführung des

Faches Ethik auf Kosten des Fächerkomplexes Geschichte/Sozialkunde/ Erdkunde gehen soll: Wir brauchen gerade in Berlin ein ausgeprägtes Verständnis für Geschichte – vor allem für die neuere Geschichte. Und hinsichtlich der Sozialkunde muss uns bewusst sein, dass in allen Schulen eine immer intensivere Ausrichtung auf Wirtschaftsthemen und die Arbeitswelt insgesamt stattfindet. Ganz zu schweigen, dass das Fach Sozialkunde auch die Grundlagen zum Verständnis von Gesellschaft, Staat und Grundgesetz liefert.

Die Einladung zum Dialog an die Kirchen nutzt Böger als Alibi. Er lädt die Kirchen zwar ein, mit den Schulen zusammen zu arbeiten. Das Angebot eines Wahlpflichtfaches Religion oder Ethik/ Philosophie meidet er jedoch wie der Teufel das Weihwasser.

Auszug abgedruckt aus:
CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus „Parlament im Blick“, Ausgabe 11/05

„Es reicht nicht, nur über Identität, Freundschaft und Glück zu philosophieren.“

Im Gespräch mit Gerhard Ruden



Gerhard Ruden ist der Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

„Nicht immer bleibt die Feststellung unwidersprochen, es habe sich bei der DDR um eine Diktatur gehandelt.“

Wenn ein Landtagsabgeordneter sein Mandat gegen eine Führungsaufgabe im Landesdienst eintauscht, liegt die Frage nach den Veränderungen nahe, die die neue Aufgabe mit sich bringt. Gerhard Ruden verweist in seiner Antwort auf die vielen, ständig wechselnden Zusammenhänge, die im Magdeburger Landesparlament bearbeitet werden. Die habe er als StaSi-Unterlagenbeauftragter gegen eine "Verantwortung mit Dauerbezug auf die zweite deutsche Diktatur" eingetauscht. Man merkt ihm an, dass er sich mit der neu gewonnenen Kontinuität und Planbarkeit im Arbeitsalltag schnell angefreundet hat.

Als ehemaliger Bürgerrechtler sieht er seine Wahl aber vor allem als "Rückkehr zu den eigenen Wurzeln". Verbliebene Kontakte zu Mitstreitern in der DDR-Bürgerrechtsbewegung haben dem gebürtigen Sachsen-Anhalter, der die Wende aktiv mitgestaltet hat, die Einarbeitung erleichtert. Ebenso auch die Vertrautheit mit den vielen unterschiedlichen Erscheinungsformen des alltäglichen DDR-Unrechts, dessen wissenschaftliche, historische Aufarbeitung er heute mit Landesmitteln unterstützt.

Im Gegensatz dazu falle die innergesellschaftliche Verständigung über das Wesen der DDR 15 Jahre nach der Wende äußerst schwer. Nicht immer bleibe beispielsweise in einer öffentlichen Veranstaltung die Feststellung unwidersprochen, es habe sich bei der DDR um eine Diktatur gehandelt. Da müsse er oftmals "ein paar Zwischenschritte

Im Mai wurde der 59-jährige Magdeburger Gerhard Ruden zum Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gewählt. Mit seiner Wahl durch den Magdeburger Landtag, dem er seit 2002 angehörte, musste Ruden sein Abgeordnetenmandat aufgeben. Wenige Wochen später trat er die Nachfolge der langjährigen Landesbeauftragten Edda Ahrberg an. Gerhard Ruden engagierte sich von 1979 bis zur Vollendung der friedlichen Revolution im Jahr 1990 in der kirchlichen Bürgerrechtsbewegung der DDR.

einlegen", um nicht spontane Abwehrreaktionen hervorzurufen, so Ruden. "Man muss diejenigen, die man ansprechen möchte, durch eigene Anpassungserfahrungen an die Diktatur aufschließen", beschreibt er eines der Rezepte, das die intensivere Auseinandersetzung gerade der Älteren mit dem Thema überhaupt erst ermöglicht. Gerne stellt der er seinem Publikum zum Beispiel Fragen wie: "Warum hatten sie nie das Bedürfnis, in einer Volksvertretung mitzuarbeiten?". Wenn ihm dann entgegnet wird, man hätte schon gewollt, wenn nur das System den nötigen Freiraum eröffnet hätte, ist das Eis gebrochen.

Ruden lenkt seine Gespräche gerne auf die vielfältigen Formen des subtilen Widerstandes gegen das SED-Regime. Besonders weist er dann auf die vielfältigen Basisgruppen im Schutz der evangelischen Kirche hin, die schließlich zu einer emanzipatorischen Bürger-

bewegung anwachsen. "Viele haben die subtile Unterdrückung gar nicht als solche wahrgenommen, weil sie es so sehr gewohnt waren, sich anzupassen", verweist Ruden auf ein Phänomen, das über die elterliche Erziehung auf die Nachwendegeneration ausstrahlt. In jeder etwas größeren ostdeutschen Stadt kann man heute auf "Ostalgie-Parties" die eigene Jugend oder Kindheit in der DDR für ein paar Stunden auferstehen lassen. Den Partygängern ist sie oft nur als eine unbeschwertere und behütete Zeit in Erinnerung.

Ruden kann demgegenüber Kinoerfolge wie "Good Bye Lenin" oder "NVA" einiges abgewinnen. Wichtig ist ihm, dass die Filmemacher Aufklärungsarbeit über die vielfältigen Formen der DDR-Diktatur leisten - wenn dabei auch aufklärerischer und unterhaltender Anspruch eine sehr enge Liaison eingehen. Das ist es letztlich, was die Kinokomödien für ein Publikum attraktiv macht, das die DDR nur aus Erzählungen und dem Schullehrbuch kennt.

Kein Verständnis zeigt der StaSi-Unterlagenbeauftragte für den verharmlosenden Umgang mit Symbolen der ehemaligen DDR. Staatliche Orden- und Ehrenzeichen im öffentlichen Raum, SED- oder FDJ-Aufnäher auf T-Shirts oder Jacken sind ihm ein Dorn im Auge: "Das sind Diktatorsymbole, die mit Menschenrechtsverletzungen jedweder Art verbunden sind - eigentlich sollten sie verboten werden", erkennt Ruden Parallelen zu verfassungsfeindlichen Kennzeichen der NS-Diktatur.

Im Gespräch mit Gerhard Ruden Fortsetzung von S. 8

Wie bewertet Ruden die Rolle der Kirchen? Unterstützen sie ihn in seiner Arbeit? Der Landesbeauftragte nickt. Schon kurz nach seinem Amtsantritt ist er auf die evangelischen Landeskirchen und das Bistum Magdeburg zugegangen und hat mit Bischof Feige und Kirchenpräsident Klassohn Kontakt aufgenommen. Kirchliche Bildungseinrichtungen helfen, das Bewusstsein für das Leid der Diktaturen des 20. Jahrhunderts zu schärfen. Diese wichtige Arbeit soll auch in Zukunft nicht allein den politischen Bildungseinrichtungen überlassen werden.

Gerhard Ruden verweist in diesem Zusammenhang auf seine Erfahrungen aus der kirchlichen Bürgerrechtsbewegung. Dort habe man ihn und seine Mitstreiter im poli-

tischen Widerstand immer wieder auf die christliche Glaubensüberzeugung „eingenordet“. „Es waren die einleitenden Worte Pfarrer Bohleys über Gott und sein Handeln in der Geschichte, die uns vor jeder Sitzung des Friedensarbeitskreises der evangelischen Martinsgemeinde das Rüstzeug und den Mut für unsere Bürgerrechtsarbeit verliehen“, sagt Ruden. Aus dem Glauben konnte er neuen Kraft schöpfen. Und mehr und mehr wurde der christliche Glaube als Grundlage des eigenen Handelns zum „Schutzschild in der Diktatur“ - das mussten am Ende auch die Macht-haber anerkennen.

Im politischen System der Bundesrepublik Deutschland sei für das politische Engagement zwar kein Mut aber doch eine klare Wertorientie-

rung erforderlich. Werte zu vermitteln und zu festigen - darin sieht Ruden eine Aufgabe der Kirchen heute. Er wünscht sich, dass die Kirchen Erfahrungen aus der friedlichen Revolution auf die Bedürfnisse unserer Zeit übersetzen. Und das heißt auch heute: Aufforderung zur Zivilcourage auf der Grundlage der christlichen Botschaft. Es gilt, die vielen Möglichkeiten einer pluralistischen Demokratie zu nutzen, um sich mit den eigenen Kräften einzubringen.

Für Ruden persönlich ist die Kirche ohnehin geblieben, was sie schon immer war: eine Quelle für den Glauben und eine Lebensgrundlage, in der der Glaube seinen Maßstab findet.

Jens Michalke

Bericht vom ersten Reformationsvortrag des EAK Halle

Am 27.10. fand in diesem Jahr der erste Reformationsvortrag des Evangelischen Arbeitskreises in Halle statt. Der Sinn dieser jährlichen Vortragsreihe soll es sein, für alle interessierten Christen und die Mitglieder der CDU das Verhältnis zwischen christlichem Glauben auf der einen und der politischen Existenz auf der anderen Seite zu klären. Dazu will der Reformationsvortrag allerdings keine vorgefertigten Antworten im Sinne von Schwarz-Weiß-Malerei präsentieren. Vielmehr geht es darum, Beispiele aufzuzeigen, wie christliche Verantwortung wahrgenommen werden kann und Vorbilder vorzustellen, Menschen, die ihren christli-

chen Glauben in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verantwortung vorbildhaft leben. Dementsprechend stand unser erster Vortrag unter dem Motto, das unser Grundgesetz und auch die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalts vorgibt: Die Verantwortung vor Gott und den Menschen. Im Bewusstsein dieser Verantwortung hat sich das Volk seine Lebensordnung gegeben - hier wollen wir anknüpfen.

Um nicht einen der parteiüblichen Veranstaltungsorte zu wählen, fand unser Reformationsvortrag im Saal des CVJM-Familienzentrums in Halle statt, und da Verantwortung vor Gott und den Menschen auch lokal

gelebt werden muss, gaben wir unseren Gastgebern zunächst auch die Möglichkeit, ihr Engagement für Hallenser Familien bekannt zu machen, was großen Anklang fand.

Der Hauptteil wurde dann von Herrn Marco Tullner MdL eröffnet, der berichtete, was die Verantwortung vor Gott und den Menschen für ihn bedeutet, welchen Wert der evangelische Glaube gerade in den Wendejahren für ihn bedeutete und den EAK ermunterte weiter für Halle am Ball zu bleiben.

Der Hauptreferent war dann der langjährige baden-württembergische Landtagsabgeordnete Rudolf Decker, der sich seit Jahrzehnten darum be-

Bericht vom ersten Reformati... Fortsetzung von S. 9

müht, Christen in politischer Verantwortung miteinander zu verbinden. Über viele Jahre hat Herr Decker das Gebetsfrühstück im Deutschen Bundestag begleitet. Aus den verschiedenen damit verbundenen Initiativen erwuchs u.a. die jährlich stattfindende Internationale Berliner Begegnung und eine enorme Reisetätigkeit, durch die v.a. in Afrika Freundschaften und Kontakte gepflegt werden. Dabei ist es ihm schon häufig gelungen, vermittelnd auf lokale Konflikte einzuwirken. So wird aus dem christlichen Gebet für den Frieden auch immer wieder ein praktischer Anstoß vor Ort.

In diesen reichen Erfahrungsschatz hat uns Herr Decker Einblick gegeben. Auf einen geschichtlichen Überblick über die Entstehung und den Rang des Gottesbezuges, zeichnete er ein düsteres Bild von Gesellschaften, die sich von Gott abwenden. Gerade auf seinen Reisen nach Russland habe er ein geistliches Vakuum erlebt, das die russische Gesellschaft lähme, und auch in den USA sehe er einen scheinbar aufgeklärten Liberalismus auf dem Vormarsch. Die Formel von der Verantwortung vor Gott und den Menschen interpretierte Herr Decker dabei als säkularisierte Form des Liebesgebots aus dem Neuen Testament. Das Doppelgebot der Liebe steht hinter der Verantwortung vor Gott und der Verantwortung vor dem Menschen. Überhaupt sei der Bezug auf Jesus ein entscheidender Integrationsfaktor, gerade im Gespräch mit Menschen anderer Religionen und politischer Auffassungen. Aber: der Bezug

auf Jesus, nicht der Bezug auf Christus, was bereits ein geistliches Prädikat für Jesus sei. In der Verkündigung Jesu und im Liebesgebot sei aber die Grundlage für Toleranz und Verständigung enthalten. Zahlreiche Beispiele aus seiner politischen Tätigkeit untermauerten diese Ansicht. Ob es sich um ehemalige innerparteiliche Gegner, die Begegnung mit dem Wähler oder um Verhandlungen mit hochrangigen Politikern anderer Nationen drehte: Im Liebesgebot habe er den Anknüpfungspunkt gefunden. Wobei es dann auch darum ging, das Gebot der Nächstenliebe konkret zu befolgen. Seine Erfahrung war die, dass die Befolgung des Liebesgebotes nicht nur den Umgang von Politikern untereinander verbessern kann, sondern dass auch das Volk merke, ob es geliebt oder nur als Stimmvieh betrachtet werde. Aus seiner 24jährigen Abgeordnetenlaufbahn zog er das Fazit, dass es durchaus Erfolg bringt, sich an Gottes Wort zu orientieren und sich auf Gottes Wort zu verlassen.

Die Kirchen forderte Herr Decker auf, dass Wort Gottes nicht anzutasten und sich auf Kompromisslinien einzulassen. Stattdessen sollten sie beginnen, konkret auch für Politiker da zu sein, und christliche Politiker bewusst auch seelsorgerlich und im Gebet zu unterstützen. Politische Ämter reiben immer wieder auf und bergen besondere Gefahren gerade für die Familien der Politiker. Hier sollen die christlichen Gemeinden ihre Politiker nicht allein lassen.

Den EAK forderte Herr

Decker auf, in der CDU ein Wächteramt zu übernehmen und auch auf unbequemen Positionen zu beharren, wenn das Wort Gottes eindeutig sei. Zwar gebe es immer den Widerspruch zwischen Gewissensüberzeugungen, und den Entscheidungen die realpolitisch getroffen werden müssen. Das solle jedoch kein Grund sein, nicht die Stimme zu erheben, wenn es um die Aufweichung des christlichen Familienbildes, die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften oder die Abtreibung gehe.

In der durchaus kontroversen Aussprache stellte sich Herr Decker den Fragen der Besucher. Dabei wurde immer wieder die Befürchtung ausgesprochen, als kleine Gruppe könnten die evangelischen Christen in Stadt und Politik doch wenig bewirken. Dem widersprach jedoch Herr Decker in seinem Schlusswort, das uns als Hallensern, den Bewohnern der Salzstadt, nahe ging und uns Mut machte uns weiter zu engagieren. Jesus beauftragte seine Jünger: Ihr seid das Salz der Erde. Damit Salz wirkt und die Suppe verbessert, braucht es meistens aber nicht besonders viel: Das Salz muss nicht in der Mehrheit sein.

Sehr zu danken haben wir auch der Firma Plansecur-Vermögensberatung, die unseren Vortrag mit einer großen Spende unterstützt hat. So hoffen wir nach diesem Anfang, dass sich der Reformati...vortrag in Halle etabliert und wir im nächsten Jahr wieder eine interessante Persönlichkeit vorstellen können.

„Das Salz muss nicht in der Mehrheit sein.“

Interviewreihe: das ‚C‘ in der CDU

① *Was bedeutet für Sie das C in der CDU?*

Das C bedeutet mir persönlich sehr viel und ich bin stets bemüht, meine Arbeit darauf auszurichten.

Das C steht für christliche Grundwerte, für Wertemaßstäbe, die in unserer Gesellschaft und in unseren Entscheidungen unbedingt Beachtung finden sollten und müssen. Unser Familienwappen zeigt in seiner Heraldik den brennenden Busch in dem Gott erschien und Moses die 10 Gebote verkündete.

Die Devise unter dem Wappen lautet: „In dem allem überwinden wir weit“.

Nach diesen Worten bin ich bestrebt in meiner Familie und in meiner politischen Arbeit zu leben und zu handeln.

② *Ist eine „Politik nach christlichem Maßstab“ in einer säkularen staatlichen Ordnung überhaupt möglich?*

Ich denke ganz einfach ja.

Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Situation, dass Gewalt immer mehr um sich greift und Neid und Missgunst an der Tagesordnung ist, sollte gerade in unserer politischen Arbeit der christliche Maßstab verstärkt angelegt werden, d.h. christliche Werte vermittelt werden. Wir als Politiker sollten hier bestes Beispiel und Vorbild sein und die 10 christlichen Gebote in unserem täglichen Leben und politischen Handeln einfließen lassen. Das C bedeutet auch auf Menschen zu gehen, die Interessen der Schwachen, Kranken und



älteren Menschen, der Kinder und Familien zu vertreten, aber auch Fehler zu verzeihen.

③ *Wie lösen Sie persönlich mögliche Konflikte zwischen Ihren Glaubensüberzeugungen und Forderungen, die an Sie als Politikerin herangetragen werden?*

Ich bin der Überzeugung,

Verantwortung vor Gott und so lange ich dies in meiner Partei tun kann, lässt sich meine Glaubensüberzeugung und die Forderungen in meiner politischen Arbeit vereinbaren.

④ *Sollte die CDU in Sachsen-Anhalt mit dem „C“ in ihrem Namen werben?*

Ja, wir sollten unbedingt mit dem „C“ in Sachsen-Anhalt werben, weil ich der Überzeugung bin, dass ein christliches Miteinander viele Konflikte lösen kann.

Es gibt zwar in Sachsen-Anhalt nur noch ca. 20 % der Bevölkerung, die einer christlichen Konfession angehören, dennoch unsere Wurzeln und unsere Geschichte basieren nun einmal auf jahrtausende alte Tradition oder Überlieferung. Heute ist es wichtiger denn je unsere christlichen Werte zu stärken und sie den Menschen zu vermitteln. Ich sehe darin meine Aufgabe.

⑤ *Wie würden Sie in wenigen Worten Ihr Verhältnis zur evangelischen Kirche beschreiben?*

Evangelische Kirche bedeutet für mich, mein persönliches Leben und politischen Handeln nach den ethischen Begriffen der Kirche auszurichten und nach den Worten Gottes zu leben und zu handeln.

Evangelische Kirche bedeutet für mich aber auch Heimat und Familie.



Gabriele Brakebusch MdB

5 Fragen an:

Gabriele Brakebusch

Mitglied der CDU-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt

„Heute ist es wichtiger denn je, unsere christlichen Werte zu stärken und sie den Menschen zu vermitteln.“

..... und vergib uns unsere Schuld wie wir vergeben unseren Schuldigern



Dass ich Ihnen das Vater-unser nicht näher bringen muss, weiß ich natürlich. Dass aber die Lebenswissenschaften dem Verzeihen gesundheitlich positive Aspekte abringen können, ist in den letzten Monaten durch viele Presseorgane gegangen:

Verzeihen senkt den Blutdruck, lindert Rückenschmerzen sowie Depressionen und macht sogar schlank, preisen die US-Frauen-Zeitschrift "Woman" oder die „Brigitte“. Man verweist auf die wissenschaftlichen "Verzeih-Studien" (nur als ein Beispiel: Stanford Forgiveness Project mit ca. 260 Teilnehmern).

So wurde zum Beispiel festgestellt, dass 44 ü-

bergewichtige Ehefrauen, allesamt vom Typ "Frustesser", abnahmen, nachdem sie gelernt hatten, ihren Männer kleine Verfehlungen nachzusehen. 70 Prozent der Probanden gaben hinterher an, weniger Schmerzen zu haben. 27 Prozent litten seltener unter Rücken- oder Kopfwahl, Schwindel und Schlaflosigkeit. Und 15 Prozent konnten besser mit Stress umgehen.

Aber viele Menschen hätten das Problem, dass sie nur schwer über ihren eigenen Schatten springen können. Für diese haben US-Forscher ein "Verzeih-Training" entwickelt, das bereits erfolgreich getestet wurde, so "Woman". Laut Robert D. Enright lässt sich das Verzeihen sogar erlernen. Der Wis-

senschafter rät, in vier Stufen vorzugehen.

1. Führen Sie sich Übeltäter und Vergehen vor Augen! Ist es wirklich so schlimm, dass Sie dauerhaft eingeschnappt sein dürfen?

2. Könnte es nicht auch ein paar gute oder wenigstens nachvollziehbare Gründe für das Fehlverhalten geben?

3. Geben Sie sich einen Ruck - und dem Übeltäter noch eine Chance!

4. Sie haben Größe! Genießen Sie die harmonische Stimmung!

Wolfgang Löw

„Jeder von uns ist ein Engel mit nur einem Flügel und wir können nur fliegen, wenn wir uns umarmen.“

Luciano De Crescenzo

Terminhinweise: gehaltvolles Medienprogramm zu Weihnachten

Jauchzet, frohlocket!

25. Dezember, 12.35 Uhr
ZDF

Das Weihnachtsoratorium von Johann Sebastian Bach mit Peter Schreier als Dirigent und Evangelist

Musikszene

25. Dezember, 15.05 Uhr
Deutschlandfunk

England's musikalische Weihnachtstraditionen

Die Päpstin

25. Dezember, 18.30 Uhr
Deutschlandradio Kultur

Hörspiel in zwei Teilen nach Donna Woolfolk-Cross;
Teil 2 am 26.12.2015, 18.30 Uhr

Die Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten

25. Dezember, 20.05 Uhr
ARD

Die Reise zum Königsstern - Pilger berichten

26. Dezember, 8.40 Uhr
NDR-Fernsehen

Neue Aspekte der alten Weihnachtsgeschichte von der Erlösung der Welt

Märchenhafte Weihnacht

26. Dezember, 10.30 Uhr
MDR-Fernsehen

Die schönsten Märchen zum Fest